

Pressemitteilung: Glaubwürdige Migrationswege finden

Die Pflege besserer Beziehungen zu den afrikanischen Partnerländern wird ein zentraler Agendapunkt der deutschen Ratspräsidentschaft sein, die heute beginnt. Eines der umstrittensten Themen stellt die Zusammenarbeit zu Migration dar. WissenschaftlerInnen des Arnold-Bergstraesser-Instituts (ABI) in Freiburg erforschten die Migrationsgovernance in Niger, Nigeria, Senegal und Gambia. Sie fanden vor Ort nicht nur positive Auswirkungen der europäischen Migrationszusammenarbeit und fordern einen aufrichtigeren Dialog, der den politischen Willen widerspiegelt, sichere und glaubwürdige Migrationswege zu finden, und der die afrikanischen Ansichten zur Migration berücksichtigt.

Am 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland die Präsidentschaft des Europäischen Rates. Ein zentraler Punkt der von der Bundesregierung ausgegebenen Agenda ist die Verbesserung der Beziehungen zu Afrika zu Themen wie Frieden und Sicherheit, Klimawandel, Schaffung von Arbeitsplätzen und Migration. "Viel Zeit und Mühe haben die EU-Vertreter darauf verwendet, Ideen einer gleichberechtigten Partnerschaft rhetorisch voranzutreiben, aber gerade im Bereich der Migration sind wir von diesem Ideal weit entfernt", sagt Dr. Franzisca Zanker, wissenschaftliche Mitarbeiterin am ABI. "In der EU-Kommunikation wird Migration immer wieder als Problem, als etwas, das es einzudämmen gilt, dargestellt. Dies steht in starkem Kontrast zu den unterschiedlichen (und multiplen) Auffassungen von Migration und Mobilität auf dem afrikanischen Kontinent selbst, die im Allgemeinen als etwas Normales und eine wichtige Strategie zur Sicherung des Lebensunterhalts angesehen werden", fügt sie hinzu.

Auf der Grundlage eines Forschungsprojekts zur "Politischen Ökonomie der westafrikanischen Migrationsregierung" in Niger, Nigeria, Senegal und Gambia stellten Zanker und ihr Team fest, dass - trotz einiger Vorteile für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika - im Bereich der Migrationsregierung wichtige Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen einer solchen Zusammenarbeit vor Ort fortbestehen. Diese betreffen nachteilige Auswirkungen auf die lokale Eigenverantwortung (in Niger) und die Fragmentierung und Überschneidung der Mandate von Institutionen, die sich mit der Migrationspolitik befassen (im Senegal). Darüber hinaus hat die europäische politische Priorität der Förderung der Zusammenarbeit im Bereich Rückkehr und Rückübernahme zu innenpolitischen Legitimitätsproblemen (in Gambia) und zu starken Bedenken hinsichtlich potenziell reduzierter Rücküberweisungen (wie in Nigeria) geführt.

Dr. Zanker stellt fest: "Wenn die deutsche Ratspräsidentschaft die Gelegenheit nutzen will, sich für ein besseres Verhältnis zu ihren afrikanischen Partnern einzusetzen, muss sie viel Zeit und Aufmerksamkeit darauf verwenden, reale Migrationswege zu finden, die zugänglich, sichtbar und glaubwürdig sind, und eine gemeinsame Darstellung der Migration zu entwickeln, anstatt sich in erster Linie auf Rückkehr und Rückübernahme zu konzentrieren, was in den vergangenen Jahren zu Spannungen in den Beziehungen geführt hat. Die Alternative ist eine Fortsetzung der Externalisierungspolitik, die im besten Fall eine Teilung der Verantwortung vermeidet und im schlimmsten Fall zu weiteren tragischen Todesfällen entlang der Migrationsrouten führt".

Gern steht Ihnen Franzisca Zanker, wissenschaftliche Mitarbeiterin am ABI, für Fragen zur Verfügung: Telefon: 0761 888 78 31 und E-Mail: franzisca.zanker@abi.uni.freiburg.de

WAMIG

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Die Politische Ökonomie der Westafrikanischen Migrationsgovernance“ (WAMIG) beschäftigten sich die ABI-WissenschaftlerInnen Franzisca Zanker, Judith Altrogge, Leonie Jegen und Kwaku Arhin-Sam mit der politischen Dimension der Governance von Migration und den zahlreichen Akteuren - darunter auch Akteure der Zivilgesellschaft - in vier westafrikanischen Ländern: Niger, Nigeria, Senegal und Gambia. Das Forschungsprojekt wurde von der Stiftung Mercator finanziert und im Rahmen des Mercator Dialogue on Asylum and Migration (MEDAM) durchgeführt.

Mehr hier: <https://www.arnold-bergstraesser.de/projekte/forschungsprojekt-die-politische-oekonomie-der-westafrikanischen-migrationsgovernance>

Das Arnold-Bergstraesser-Institut

Das Arnold-Bergstraesser-Institut (ABI) ist in den Bereichen vergleichende Regionalforschung und transregionale Studien eines der bedeutendsten Forschungsinstitute Deutschlands. Als unabhängige, gemeinnützige Forschungseinrichtung kooperiert das Institut mit der Universität Freiburg. Das Institut wurde 1960 gegründet und geht auf den damaligen Professor für Politikwissenschaften und Soziologie der Universität Freiburg, Arnold Bergstraesser, zurück.



Bild: © Meral Zeller. Verwendung nur in Zusammenhang mit dieser Meldung.